



AfD fällt durch Erste Wahlveranstaltung zur Sozialpolitik im Marburger Rathaus

Anlässlich der hessischen Landtagswahlen im Oktober bat der Marburger Sozialverein Arbeit und Bildung e.V. seine Klienten, Fortbildungsteilnehmende und Mitarbeitende zur Wahlveranstaltung ins Marburger Rathaus ein. Kandidaten von SPD (Handan Özgüven), FDP (Lisa Freitag), Grüne (Angela Dorn-Rancke), Linke (Jan Schalauske) und AfD (Eric Markert) stellten sich den sozialpolitischen Themen des Veranstalters, nicht dabei war die CDU.

Unter den Gästen war eine hohe Zahl an Politikverdrossenen und Nichtwählern. Das zeigte sich gleich zu Beginn der Veranstaltung bei einer Befragung: 36 der ca. 100 Gäste gaben an, keine der Parteien zu wählen. Die Gäste kamen aus den Landkreisen Marburg-Biedenkopf, Schwalm-Eder und Waldeck-Frankenberg. Sie arbeiten vor allem in gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten der Praxis GmbH, der Marburger Bootswerft, im Umweltschutz und Landschaftsbau oder nehmen an der mittlerweile neunten Umschulung zur/m Erzieher/in teil oder am Austauschprogramm Europe4U für jugendliche Arbeitsuchende. Für alle ist das Ziel, wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen. So waren die Themen, die Rainer Dolle, Leiter des Vereines, als Moderator an die Politiker herantrug u. a. Arbeitsmarktförderung für Langzeitarbeitslose, Sicherung von Ausbildung, bezahlbare Wohnungen, Einwanderung und Altersarmut.

Dass es zu wenig bezahlbaren Wohnraum gibt, begründete Angela Dorn-Rancke (Grüne) damit, dass alle Parteien Fehler gemacht haben. Durch demographische Studien über eine sinkende Bevölkerung sei in der Vergangenheit weniger Wohnraum geschaffen worden. Jetzt dürfe man nicht mehr die Fehler aus den 70er Jahren machen.

Wie die Parteien zum Einwanderungsgesetz stehen, wollte Rainer Dolle wissen. Für Handan Özgüven (SPD) kann es nicht sein, dass junge Flüchtlinge in Ausbildung abgeschoben werden. Das Einwanderungsgesetz sei nötig, um Bleibeperspektiven zu bieten. Die SPD fordere eine Ausbildungsplatzgarantie. Für Jan Schalauske (die Linke) geht das in die richtige Richtung, auch könne er sich eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage vorstellen. Es sei Aufgabe des Staates, dass alle Menschen Möglichkeiten der Teilhabe bekämen. Ein Einwanderungsgesetz lehne er aber ab. Lisa Freitag betont, dass die FDP seit 70 Jahren ein geordnetes Verfahren zur Einwanderung fordere. Arbeit speziell für Arbeitslose in Beschäftigungsbetrieben zu schaffen sei aber paradox. Arbeit müsse immer in der Realwirtschaft stattfinden.

Ein Vorwurf aus dem Publikum an alle Parteien lautete, dass zu wenig für Langzeitarbeitslose getan würde. Auch eine klare Kritik an zu niedrigen Löhnen z.B. in der Altenpflege wurde geäußert und an prekären Arbeitsverhältnissen durch Leiharbeit.

Es gäbe noch zu viele Schlupflöcher für Leiharbeitsfirmen z.B. den Mindestlohn zu umgehen, das müsse dringend angegangen werden so Handan Özgüven (SPD). Rainer Dolle berichtete über den Gesetzentwurf gegen Langzeitarbeitslosigkeit, den Arbeitsministers Hubertus Heil (SPD) auf Bundesebene eingebracht hat. Der Lohn würde in Höhe des Mindestlohnes vom Staat bezahlt, nach 3 Jahren verringere sich dieser Zuschuss. Dolle befürchtete aber, dass erneut diese Gelder für die Aufstockung von Personal in den Jobcentern genutzt werde, da diese chronisch unterfinanziert sind. Das Land solle dafür sorgen, dass das Geld auch bei den Betroffenen ankomme, so Dolle.

Die abschließende Frage an die Kandidaten, ob es Ankerzentren für Flüchtlinge geben sollte, verneinten alle bis auf die AfD (wenn Hessen ein Grenzlandesland wie Bayern wäre).

Die Abstimmung am Ende der Veranstaltung zeigte, dass ein Ziel der Veranstaltung erreicht wurde: 10 Nichtwähler konnten sich nach der Veranstaltung für eine Partei entscheiden. Am meisten Zuspruch fand danach die Linke mit 18 Stimmen mehr, als zu Beginn der Veranstaltung. Aber auch die Grünen, die SPD und auch die FDP konnten ein Plus verzeichnen, die AfD und die CDU verloren Stimmen.



Bildunterschrift:

Die Kandidat/innen der Parteien stellten sich den sozialpolitischen Fragen (v.li.): Eric Markert (AfD), Handan Özgüven (SPD), Rainer Dolle, Geschäftsführer von Arbeit und Bildung e. V., Lisa Freitag (FDP), Angela Dorn-Rancke (Grüne), Jan Schalauske (Linke)

Bildquelle: Arbeit und Bildung e.V.

Kontakt Presse:

Arbeit und Bildung e.V., Kerstin Warnecke, Krummbogen 3, 35039 Marburg,
Tel.: 06421 / 33099-89, Mobil: 01525 / 4670421, warnecke@arbeit-und-bildung.de, www.arbeit-und-bildung.de